



Dr. Peter Hefe leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Shanghai.



Andreas Dittrich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Shanghai.

ZUR SITUATION DER CHRISTEN IN NORDOST- UND SÜDOSTASIEN

Peter Hefe / Andreas Dittrich

Die Situation von Christen ist eng mit dem Maß an aktiver und passiver Religionsfreiheit im jeweiligen Land verknüpft. Religionsfreiheit ihrerseits ist sowohl Ausdruck staatlich garantierter Rechtstaatlichkeit als auch Indikator für kulturelle Toleranz im Land. Darüber hinaus sind aber auch das Engagement religiöser Gemeinschaften und das Verhalten religiöser Führer entscheidend für die Anerkennung einer Religion in der Gesellschaft. Eine bewusste Abspaltung von Minderheitsreligionen vom Rest der Gemeinschaft oder aggressive Bekehrungsversuche können deren Entwicklung stark hemmen und zu massiven innergesellschaftlichen Konflikten führen. Staatliche Repressionen, die in der Regel ein Spiegelbild mangelnder Freiheit im jeweiligen politischen System darstellen, sowie die Unterdrückung durch die Angehörigen einer Mehrheitsreligion sind auch in der Region Nordost- und Südostasien (NOSOA) die wesentliche Ursache dafür, dass Christen ihren Glauben oftmals nur eingeschränkt praktizieren können.¹

BEGRIFFLICHE ABGRENZUNG VON „NORDOST- UND SÜDOSTASIEN“

Zu der Region Nordostasien zählen die Staaten Ostasiens, die dem chinesischen Kulturkreis zuzurechnen sind: Taiwan, Nord- und Südkorea und die Volksrepublik China. Zudem werden die Mongolei und Japan als Teil dieser Region betrachtet. Vietnam wird, obwohl es als ehemaliges

1 | Die länderspezifischen Informationen in diesem Artikel basieren auf Informationen, die von Canan Atilgan (Bangkok), Thomas Knirsch (Kuala Lumpur), Peter Köppinger (Manila), Winfried Weck (Jakarta), Rabea Brauer (Phnom Penh), Colin Dürkop (Seoul), Amos Helms (Hanoi), Johannes D. Rey (Ulaanbaatar) sowie den Autoren zusammengetragen wurden.

chinesisches Protektorat (111 bis 939 n. Chr.) kulturell eher zu Ostasien gehört, aufgrund seiner geographischen Lage zu Südostasien gezählt.

Zu Südostasien gehören darüber hinaus alle Staaten, die östlich von Indien und südlich von China liegen. Während die Staaten Nordostasiens, mit Ausnahme von Japan, kulturelle Ähnlichkeiten aufweisen (Konfuzianismus), ist Südostasien eine sehr heterogene Region. Neben ihren eigenen, sehr unterschiedlichen Traditionen haben verschiedene Kolonialmächte die Länder Südasiens stark beeinflusst. Außer dem heutigen Thai-

land befanden sich dort alle Länder für eine gewisse Zeit unter westlicher Kolonialherrschaft. Die Kolonialstaaten brachten auch die christliche Lehre mit nach Südostasien, wobei es aber in höchst unterschiedlichem

Die Kolonialstaaten brachten auch die christliche Lehre mit nach Südostasien, wobei es aber in höchst unterschiedlichem Umfang gelang, diese unter der lokalen Bevölkerung zu verbreiten.

Umfang gelang, diese unter der lokalen Bevölkerung zu verbreiten. Auch der Islam hat die Kultur und Gesellschaft einer Reihe von Staaten in der Region stark geprägt. Bereits im achten Jahrhundert hatte er sich über indische Händler muslimischen Glaubens in der Region ausgebreitet. Bis heute ist der Islam in Indonesien, Malaysia und Brunei die Mehrheitsreligion. Inwieweit das Christentum Fuß fassen konnte, hing immer auch davon ab, zu welchem Grad sich andere Religionen bereits fest etabliert hatten.

In der Region NOSOA gibt es zudem eine Vielzahl verschiedener politischer Systeme. Es finden sich dort sowohl kommunistische Regime wie die Volksrepublik China, Vietnam und Laos; formal demokratische Systeme mit einer de facto allein herrschenden Partei wie in Malaysia und Singapur; formal demokratische Systeme, die allerdings nicht alle Standards einer rechtsstaatlich-liberalen Demokratie erfüllen, wie Thailand und die Philippinen; und Demokratien, die westlichen Standards entsprechen, wie Japan, Südkorea und Taiwan. Zumeist besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Grad an politischer und religiöser Freiheit in den einzelnen Ländern.

HISTORISCHE BEGEGNUNGEN DES CHRISTENTUMS MIT ASIEN

Sowohl die geographische Verteilung als auch die gesellschaftliche Stellung des Christentums in der Region NOSOA ist Ausfluss einer höchst unterschiedlichen Missionsgeschichte. Die ersten Kontakte zwischen Anhängern verschiedener christlicher Glaubensbekenntnisse und ostasiatischen Kulturen fanden bereits recht früh statt. Das Christentum erreichte über die Handelsrouten in Zentralasien bereits im 7. Jahrhundert China und die Mongolei. Die Kaiser der von religiöser Toleranz geprägten Tang-Dynastie (618 bis 907 n. Chr.) genehmigten den zuerst ins Reich der Mitte gelangten Nestorianern die Verbreitung ihrer Religion und die Errichtung von Kirchen und Klöstern. Später spielten christliche Missionare aufgrund ihrer Fähigkeiten als Mathematiker, Astronomen und Naturwissenschaftler teilweise eine wichtige Rolle als Berater an chinesischen Kaiserhöfen. Ein bekanntes Beispiel ist der italienische Jesuitenpater Matteo Ricci (1552 bis 1610), dessen Schriften später auch in Korea gelesen wurden und dort ebenfalls zur Ausbreitung des christlichen Glaubens beitrugen.

Ab dem späten 18. Jahrhundert kam es aber, besonders in der Folge des so genannten Ritenstreites und der Entscheidung des Vatikans, das Beibehalten der Ahnenverehrung unter chinesischen Konvertiten nicht länger zu dulden, zum Verbot des Christentums und zur Verfolgung von dessen Anhängern. Auch in Japan und in Korea wurden Christen lange Zeit verfolgt. In Korea wurde der christliche Glaube ab 1784 durch einheimische Intellektuelle verbreitet, die in China in Kontakt mit dessen Lehre gekommen waren. Bis 1882 blieb der christliche Glaube jedoch offiziell verboten.

Christen wurden in Japan über mehrere Jahrhunderte hinweg systematisch unterdrückt und hingerichtet. Erst ab 1868 wurde der christliche Glaube wieder legalisiert.

Der Jesuitenpater Franz Xaver erreichte 1549 Japan und begann, dort zu missionieren. Zunächst nutzen die Shogune den neuen Glauben bewusst, um die Macht der buddhistischen Klöster zu brechen. Nachdem dies gelungen war, wurden Christen jedoch über mehrere Jahrhunderte hinweg unterdrückt und hingerichtet. Erst im Zuge der Meiji-Restauration (ab 1868) wurde der christliche Glaube wieder legalisiert.

In Südostasien verbreitete sich das Christentum im Zuge der europäischen Handelsexpansion und dem Vordringen der Kolonialmächte. Schon im 16. Jahrhundert erreichten katholische Missionare die Gebiete der heutigen Philippinen, Vietnams, Myanmars und Kambodschas. Nachdem Spanien die Philippinen 1521 zu einer Kolonie erklärt hatte, begannen die spanischen Besatzer Ende des 16. Jahrhunderts mit einer systematischen Bekehrung der einheimischen Bevölkerung mit dem Ziel, den sich damals ebenfalls ausbreitenden Islam einzudämmen. Diese Christianisierung wurde in der Regel in der Form von Zwangsbekehrungen durchgeführt. Mitte des 17. Jahrhunderts war der Katholizismus in weiten Teilen des Landes die vorherrschende Religion, und er ist es bis heute geblieben. Nach Vietnam wurde der Katholizismus zunächst von Missionaren aus Portugal und Holland gebracht. Während der französischen Kolonialherrschaft (1883 bis 1954) wurde die Kirchenorganisation im Land weiter stark ausgebaut. Im Unterschied dazu waren die Missionsbemühungen unter der weitestgehend buddhistischen Bevölkerung von Myanmar, Thailand und Kambodscha wenig erfolgreich.

Die Verbreitung des Protestantismus in NOSOA begann hingegen erst im 19. Jahrhundert und wird seither hauptsächlich von amerikanischen Missionaren verschiedenster Denominationen vorangetrieben. Nachdem die Vereinigten Staaten von Amerika das Königreich Spanien im Spanisch-Amerikanischen Krieg (1898) besiegt hatten, gelangten viele Missionare aus den USA auf die Philippinen. Auch in vielen anderen nord- und südostasiatischen Ländern gewann der evangelische Glaube ab dem 19. Jahrhundert zunehmend an Bedeutung.

Für das Christentum in Festlandasien hatte die Etablierung kommunistischer Herrschaftssysteme seit den dreißiger Jahren verheerende Folgen. Die Grundlagen für ein kirchliches Leben wurden weitgehend zerstört.

Für das Christentum in Festlandasien hatte die Etablierung kommunistischer Herrschaftssysteme seit den dreißiger Jahren verheerende Folgen. Durch die Ausschaltung jeglicher politischer Opposition und des ideologisch begründeten Atheismus (und Nationalismus) wurden die bisherigen organisatorischen Grundlagen für ein kirchliches Leben weitgehend zerstört.

So konnte das Christentum in Nordvietnam von 1950 an kaum mehr praktiziert werden, während sich vor allem der Katholizismus in Südvietnam unter aktiver Förderung der Militärregierung, die diesen als Bollwerk gegen den Kommunismus betrachtete, sehr schnell noch weiter ausbreiteten. Nach dem Sieg der chinesischen Kommunisten unter Mao Zedong, der die christlichen Kirchen als „Instrumente des Imperialismus“ betrachtete, wurden in den fünfziger Jahren alle christlichen Missionare (ca. 6.200) aus der gerade gegründeten Volksrepublik China ausgewiesen und die Vertretung des Heiligen Stuhls in Peking geschlossen. Während der Kulturrevolution (1966 bis 1976) erreichte die Unterdrückung aller Religionen ein bis dahin unbekanntes Ausmaß. Gleiches gilt für das kommunistische Nordkorea sowie für Kambodscha während der Herrschaft der Roten Khmer (1975 bis 1979).

Sowohl in der Volksrepublik China als auch in Vietnam entspannte sich die Lage der Christen im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik (ab 1978 in China und ab 1986 in Vietnam). Während Vietnam bereits inoffizielle Beziehungen zum Vatikan pflegt und die Prälaten in Vietnam im Rahmen von Konsultationen zwischen den vietnamesischen Behörden und dem Vatikan ausgewählt werden, ist das Verhältnis zwischen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und dem Heiligen Stuhl noch immer von gravierenden Konflikten geprägt.

In den Staaten Südostasiens entstanden insbesondere durch das Vordringen islamistischer Kräfte seit den siebziger Jahren neue interreligiöse Konfliktfelder.

In den Staaten Südostasiens blieben die Christen im 20. Jahrhundert weitgehend von systematischer staatlicher Unterdrückung verschont, doch entstanden insbesondere durch das Vordringen islamistischer Kräfte seit den 1970er Jahren neue interreligiöse Konfliktfelder.

Mittlerweile leben nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 150 Millionen und 240 Millionen Christen in NOSOA. Genaue Angaben über die Zahl der Christen in dieser Region zu machen ist schwierig, da sich in einigen autoritären Staaten Untergrundkirchen gebildet haben, deren Mitgliederzahlen schwer zu erfassen sind, und auch das Verständnis von Religionszugehörigkeit bisweilen deutlich von europäischen Vorstellungen abweicht. In China liegt die offizielle Zahl der christlichen Gemeindeglieder

beispielsweise bei etwa 26 Millionen, laut Schätzungen könnte es aber bis zu 100 Millionen Christen geben.

In China ist aufgrund einer immer noch vorherrschenden kommunistischen Doktrin – zumindest offiziell – der Atheismus weit verbreitet. Das Christentum hat aber dort in den letzten Jahren stark an Anziehungskraft gewonnen. Die meisten chinesischen Christen sind Protestanten. Ihre offizielle Zahl liegt bei etwa 20 Millionen. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass bis zu 70 Millionen weitere Protestanten in Untergrundkirchen organisiert sind. Grund dafür ist die Tatsache, dass die chinesische Regierung nur drei Vertretungsorganen der christlichen Kirchen einen legalen Status zuerkannt hat. Das offizielle Vertretungsorgan der katholischen Kirche, die Katholische Patriotische Vereinigung, und deren Bischofskonferenz werden allerdings vom Vatikan nicht anerkannt. Deshalb entscheiden sich viele Katholiken in der Volksrepublik, ihren Glauben nicht öffentlich zu praktizieren. Der Katholischen Patriotischen Vereinigung gehören offiziell nur 5,6 Millionen Menschen an. Es wird aber vermutet, dass zwölf Millionen weitere chinesische Christen nicht offiziell anerkannte katholische Gotteshäuser und Hauskirchen besuchen. 50 offiziellen Bischöfen stehen ca. 38 so genannte Untergrundbischöfe gegenüber.

Auch im kommunistischen Vietnam ist die Bevölkerungsmehrheit nach offizieller Lesart atheistisch. Tatsächlich sind aber mindestens 50 Prozent der Vietnamesen Buddhisten und auch das Christentum ist mit einem Anteil von schätzungsweise neun Prozent stark vertreten.

Eine herausragende Rolle spielt das Christentum lediglich in drei Ländern in NOSOA: auf den Philippinen, in Südkorea und in dem seit 2002 von Indonesien unabhängigen Osttimor. Auf den Philippinen stellen die Christen mit etwa 90 Prozent die Mehrheit, über 80 Prozent von ihnen sind Katholiken. Die muslimische Minderheit, die ca. fünf Prozent der Bevölkerung ausmacht, ist stark in der Region Mindanao im Süden des Landes konzentriert. In Südkorea ist das Christentum mit 27 Prozent die größte und einflussreichste Religion, gefolgt vom Buddhismus mit 23 Prozent. Über 98 Prozent des 1,1 Millionen Menschen

Auf den Philippinen stellen Christen mit etwa 90 Prozent die Mehrheit. In Osttimor sind über 98 Prozent Christen, u.a. als Folge der portugiesischen Kolonialzeit.

zählenden Volkes von Osttimor sind Christen. Davon sind ca. 96 Prozent Katholiken und zwei Prozent Protestanten.

In allen anderen südostasiatischen Staaten befinden sich die Christen in der Minderheit. In Indonesien und Malaysia stellen Moslems die Bevölkerungsmehrheit und der Anteil der Christen liegt bei lediglich acht bzw. neun Prozent. In

In Indonesien, dem Land, das mit über 200 Millionen Anhängern des Islam über die weltweit größte muslimische Bevölkerung verfügt, leben 24 Millionen Christen.

Malaysia sind etwa die Hälfte der Christen Katholiken und die andere Hälfte gehört den verschiedenen protestantischen Glaubensrichtungen (Denominationen) an. In Indonesien, dem Land, das mit über 200 Millionen Anhängern des Islam über die weltweit größte muslimische Bevölkerung verfügt, sind zwei Drittel der etwa 24 Millionen Christen Protestanten und ein Drittel Katholiken.

In Thailand, Kambodscha und Myanmar sind über 90 Prozent der Bevölkerung Buddhisten, in Laos 65 Prozent und in Vietnam mindestens 50 Prozent. Die christlichen Gemeinden sind in diesen Ländern relativ klein. Von diesen buddhistisch geprägten Ländern verfügt lediglich Vietnam über nennenswerte christliche Gemeinden, die regional allerdings zumeist um Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) konzentriert sind. Etwa acht Prozent der Vietnamesen sind Christen, die meisten von ihnen Katholiken.

Singapur hat als multiethnischer und multireligiöser Staat eine besondere Stellung in Südostasien. Fast alle Menschen in Singapur sind religiös und Religion spielt im Alltag eine sehr wichtige Rolle, aber es gibt keine dominierende Religion. Die christliche Gemeinde ist mit einem Anteil von 18 Prozent zumeist unter der chinesisch stämmigen Bevölkerung stark vertreten; 33 Prozent der Menschen in Singapur sind Buddhisten, 15 Prozent Muslime, elf Prozent Daoisten und fünf Prozent Hindus.

In vielen südostasiatischen Ländern hängt die Zugehörigkeit zu einer Religion stark mit der Zugehörigkeit zu ethnischen Gruppen zusammen. Häufig gibt es eine starke regionale Konzentration religiöser Minderheiten. In Indonesien stellen beispielsweise Katholiken mit 55 Prozent die Mehrheit in der Provinz Ost Nusa Tenggara und Protestanten mit 58 Prozent die Mehrheit in der Provinz Papua, obwohl

sich nur etwa acht Prozent der Indonesier zum christlichen Glauben bekennen. In Malaysia finden sich Christen vor allem bei bestimmten Ethnien unter den Ureinwohnern. Zudem sind viele Christen in Malaysia chinesischer Abstammung. Da die ethnischen Malaien, die in Malaysia die Mehrheit der Bevölkerung stellen, gemäß Verfassung von Geburt an als Muslime gelten und ein Übertritt zum Christentum nur sehr schwer möglich ist, befinden sich unter ihnen kaum Christen.

In Myanmar ist das Christentum hauptsächlich unter den Stämmen der Chin und Karen verbreitet, in Vietnam gehört ein Großteil der Protestanten ethnischen Minderheiten an. Dies ist auch einer der Gründe, warum Christen in bestimmten Ländern verfolgt werden. In Myanmar hat deren Verfolgung keine religiösen Motive, sondern sie richtet sich gegen die mehrheitlich christlichen Stämme, die als Bedrohung für das Herrschaftsmonopol der Militärregierung und die nationale Einheit angesehen werden. Auch in Laos verläuft die Verteilung der christlichen Konfessionen entlang ethnischer Linien. Die meisten Katholiken dort sind ethnische Vietnamesen und auch die laotischen Protestanten gehören in der Regel nur bestimmten Volksgruppen an.

In Myanmar hat die Verfolgung der Christen keine religiösen Motive, sondern sie richtet sich gegen die mehrheitlich christlichen Stämme, die als Bedrohung für das Herrschaftsmonopol der Militärregierung angesehen werden.

DIE RECHTLICHE STELLUNG VON CHRISTEN

Die meisten Verfassungen der NOSOA-Staaten, einschließlich der autoritären und kommunistischen Regime, enthalten Aussagen über die Stellung der Religionen und die religiöse Betätigung. Überwiegend wird das Recht auf aktive und passive Religionsfreiheit explizit gewährt. Verfassungsrechtlich problematisch sind allerdings Vorbehalte, die zuvor gewährte Rechte massiv einschränken (können). In autoritären Staaten enthalten die Verfassungen in der Regel die Aussage, dass religiöse Aktivitäten öffentlichen Interessen, der nationalen Sicherheit oder den kulturellen Traditionen nicht zuwiderlaufen dürfen. Aufgrund dieser unklaren Begriffe besteht ein hohes Maß an rechtlicher Unsicherheit. Gerade auf der Ebene lokaler Verwaltungen, z.B. in Laos, Myanmar und Vietnam, wird diese Einschränkung auch genutzt, um die Rechte von

Christen und anderen religiösen Minderheiten (willkürlich) einzuschränken. Mindestens ebenso gravierend sind generell fehlende Rechtsstaatlichkeit und Korruption.

Auch der Übertritt zum christlichen Glauben sowie Eheschließungen zwischen Christen und Gläubigen anderer Religionen ist in den meisten NOSOA-Ländern offiziell möglich. Doch die Praxis sieht häufig anders aus: In Malaysia findet, neben dem Zivilrecht, für Muslime auch die Scharia Anwendung. Dies bedeutet für Muslime, dass teilweise Scharia-Gerichte über deren Konfessionswechsel oder deren Eheschließung mit Angehörigen anderer Glaubensgemeinschaften entscheiden und diese häufig ablehnen. Für Nicht-Muslime sind in Malaysia hingegen Übertritte zum christlichen Glauben sowie interreligiöse Ehen ohne Einschränkung möglich.

In Singapur ist die freie Religionsausübung staatlich umfassend geschützt, gleichzeitig wird aber die Harmonie zwischen den Religionen in dem multi-religiösen Stadtstaat stark betont.

Außerdem ziehen muslimische Richter die Scharia als Rechtsquelle bei ihren Urteilen in Zivilprozessen heran, was unter Umständen zu einer Benachteiligung von Christen und anderen religiösen Minderheiten bei der Rechtsprechung führt. In Singapur ist die freie Religionsausübung staatlich umfassend geschützt, gleichzeitig wird aber die Harmonie zwischen den Religionen in dem multi-religiösen Stadtstaat sehr stark betont. Als Anerkennung der religiösen Vielfalt gibt es in Singapur ein separates Ehegesetz für Muslime, das besagt, dass der nicht muslimische Ehepartner zum Islam übertreten muss, um eine Ehe zu ermöglichen.

Auch im bislang für seine tolerante Haltung bekannten Indonesien sind dem Übertritt zum Christentum sowie interreligiösen Eheschließungen enge Grenzen gesetzt. Obwohl die interreligiöse Heirat nicht gesetzlich verboten ist, sind nur wenige religiöse Amtsträger bereit, interreligiöse Zeremonien abzuhalten. Da dies jedoch Voraussetzung für die zivilrechtliche Registrierung einer Ehe ist, hat sich in der Praxis die Konvertierung eines Ehepartners oder die Eheschließung im Ausland etabliert. Auch auf den Philippinen endet die Toleranz spätestens bei der Eheschließung. Die katholische Kirche spricht sich entschieden gegen Mischehen aus, und Muslime können in der Regel einen Nicht-Muslim nur dann heiraten, wenn dieser vorher zum Islam konvertiert.

In den kommunistischen und autoritären Staaten in NOSOA ist passive und aktive Religionsfreiheit zwar ebenfalls in der Verfassung verankert, die Ausübung des Glaubens unterliegt allerdings starken Beschränkungen.

Dies macht ein organisiertes Gemeindeleben häufig schwierig. Die Kontrolle der christlichen Gemeinden geschieht über die Gewährung bzw. Verweigerung einer staatlichen Registrierung. Dies hat zur Folge, dass es zu einer Spaltung in ‚legale‘, durch den Staat

Die Kontrolle der christlichen Gemeinden geschieht über die Gewährung bzw. Verweigerung einer staatlichen Registrierung. Dies hat zur Folge, dass es zu einer Spaltung in ‚legale‘ und ‚illegale‘ Aktivitäten kommt.

geschützte Aktivitäten und ‚illegale‘ Aktivitäten kommt, die dann häufig im Untergrund stattfinden müssen. In Myanmar werden beispielsweise Anträge für den Bau oder die Renovierung von Kirchen oft abgelehnt, sodass es für Mitglieder schwierig wird, ihren Glauben zusammen zu praktizieren. Zudem sind den Kirchen und anderen religiösen Einrichtungen in diesen Ländern jegliche politische Aktivitäten untersagt (siehe Abschnitt Christentum und Politik). Dazu gehört auch der Bildungsbereich.

Besonders kritisch werden die internationalen Verflechtungen religiöser Gruppen betrachtet, da diese als Gefahr für die nationale Unabhängigkeit und ideologische Einflussnahme interpretiert werden. In der Volksrepublik China ist sämtlichen Religionsgemeinschaften der Ausdruck einer Ergebenheit gegenüber religiösen Führungspersonlichkeiten im Ausland – wie etwa dem Papst und dem Dalai Lama – untersagt. Deshalb weigern sich viele Katholiken, der Katholischen Patriotischen Vereinigung beizutreten. Stattdessen sind sie im Untergrund aktiv. Die Aktivitäten dieser Katholiken sowie anderer Untergrund- und „Hauskirchen“ können strafrechtlich verfolgt werden. Außerdem sind den registrierten Religionsgemeinschaften die Erstellung und der Druck religiösen Materials für den internen Gebrauch zwar gestattet, deren öffentliche Verbreitung ist aber weitgehend ausgeschlossen. Von der Regierung nicht autorisierte religiöse Texte oder Bibelausgaben können beschlagnahmt und nicht registrierte Druckereien geschlossen werden. Auch in Laos und Myanmar unterliegen Druck und Verbreitung religiöser Materialien starken Beschränkungen. Diese Zensurmaßnahmen erstrecken sich auch auf neue Medien.

Auch in Singapur, das ansonsten ein hohes Maß an Religionsfreiheit gewährleistet, müssen alle religiösen Gruppen, Gemeinden und Kirchen von der Regierung registriert werden. Auf dieser Grundlage hat die singapurische Regierung z.B. die Zeugen Jehovas sowie die Unification Church verboten, weil deren Aktivitäten angeblich gegen die öffentliche Ordnung und das Allgemeinwohl verstoßen hätten.

In den meisten Staaten in NOSOA beinhaltet Religionsfreiheit das Recht, sich zu keiner Religion zu bekennen. Die einzige Ausnahme stellt hier Indonesien dar.

In den meisten Staaten in NOSOA beinhaltet Religionsfreiheit das Recht, sich zu keiner Religion zu bekennen. Die einzige Ausnahme stellt hier Indonesien dar, da die Verfassung des Landes als eine Grundlage des Staates den Glauben an den einen und wahren Gott definiert. Religionsfreiheit wird dort also eher als Pflicht verstanden, einer der sechs offiziell anerkannten Religionen anzugehören.

DIE ROLLE VON RELIGION IM ALLTAGSLEBEN

Die meisten ostasiatischen Staaten sind durch lange religiöse Traditionen geprägt, die tief im Alltagsleben und im Selbstverständnis der Menschen verankert sind. Neben den politischen Rahmenseetzungen haben auch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse teils zu einem Rückgang, teils zu einem Wandel in Erscheinungsbild und sozialer Praxis von Religion geführt. Dies gilt auch und gerade für das Christentum.

Am deutlichsten ist dies auf den Philippinen, wo Religion integraler Bestandteil des täglichen Lebens ist und alle Bereiche der Gesellschaft durchzieht. Die gemeinsame christliche Tradition und die christlichen Riten stellen die Grundlage für den Zusammenhalt in der Gemeinschaft und die moralische Begründung der Existenz dar. Beziehungsnetzwerke außerhalb der Familie basieren in erster Linie auf der Mitgliedschaft in christlichen Gemeinden. Die Rolle der Religion wird auch daran deutlich, dass 68 Prozent der Bevölkerung jede Woche an einem katholischen Gottesdienst teilnehmen. Des Weiteren betreiben die Kirchen eine Vielzahl von Bildungseinrichtungen einschließlich mehrerer Universitäten.

Auch in Korea spielt sich ein wichtiger Teil des Lebens der Gläubigen innerhalb ihrer Gemeinde ab, z.B. finden viele Koreaner durch Vermittlung von Gemeindemitgliedern ihren Arbeitsplatz oder ihren Ehepartner.

Viele koreanische Christen engagieren sich in ihrer jeweiligen Gemeinde zwar vorbildlich, darüber hinaus bleibt der Austausch mit dem Rest der Gesellschaft allerdings stark beschränkt (siehe Abschnitt Christentum und Politik). Viele Koreaner sind allerdings als Missionare im Ausland aktiv. Laut Schätzungen engagieren sich bis zu 20.000 koreanische Missionare. Damit stellt Korea nach den USA die zweithöchste Zahl an Missionaren weltweit.

Viele Koreaner sind als Missionare im Ausland aktiv. Laut Schätzungen engagieren sich bis zu 20.000 koreanische Missionare. Korea stellt damit weltweit die zweithöchste Zahl an Missionaren.

Die christlichen Gemeinden in buddhistisch dominierten Staaten Südostasiens weisen eine hohe Bereitschaft auf, sich in sozialen Projekten einzusetzen, um zum Gemeinwohl beizutragen. In der Mongolei, wo es nur eine verschwindend geringe Zahl von Christen gibt, hat dieses starke soziale Engagement von Christen sehr zu einem positiven Bild des Christentums beigetragen.

In Japan haben die Kirchen trotz des relativ geringen christlichen Bevölkerungsanteils eine große Bedeutung im Bildungsbereich. Etwa ein Drittel aller Schulen und Universitäten wird von christlichen Kirchen unterhalten. Die Aktivitäten evangelischer und katholischer Einrichtungen im mittleren und höheren Bildungsbereich sowie bei der sozialen Fürsorge werden von der Gesellschaft im Allgemeinen allerdings nicht als religiöse Aktivitäten wahrgenommen. Im Alltagsleben dominieren nach wie vor die traditionellen Religionen des Shintoismus und Buddhismus.

In autoritären Staaten sind, wie erwähnt, dem gesellschaftlichen Engagement von religiösen Gemeinschaften häufig enge Grenzen gesetzt, da deren Regierungen eine zu starke Rolle der Glaubensgemeinschaften als Bedrohung des eigenen Machtmonopols und der staatlichen Einheit empfinden und eine Politisierung der Religion befürchten. In China ist christlichen Gemeinschaften beispielsweise die Gründung von Bildungseinrichtungen untersagt. Da öffentliches Engagement der religiösen Gemeinschaften ungern gesehen wird, findet das christliche Gemeindeleben weitestgehend hinter verschlossenen Türen statt. Chinas

Insbesondere der christliche Glaube, leistet in der Volksrepublik China einen wichtigen Beitrag, um der „Sinnleere“ in der von Materialismus geprägten Gesellschaft zu entfliehen und inneren Halt zu finden.

Christen engagieren sich dennoch stark durch Hilfe in Katastrophenfällen, wie z.B. nach dem Erdbeben in der Provinz Sichuan 2008, in Form von Spenden und Freiwilligenarbeit. Außerdem leisten Religionen, und insbesondere der christliche Glaube, in der Volksrepublik einen wichtigen Beitrag, um der „Sinnleere“ in der von Materialismus geprägten Gesellschaft zu entfliehen und inneren Halt zu finden. Christliche Feste, allen voran natürlich Weihnachten, erfreuen sich in der jüngeren Vergangenheit zudem stark wachsender Beliebtheit. Dies ist jedoch kein Ausdruck eines wachsenden Interesses an christlichen Glaubensinhalten, sondern eher eines globalisierten Konsumverhaltens.

CHRISTENTUM UND POLITIK

Während in Europa seit dem frühen 19. Jahrhundert der politische Katholizismus und der Protestantismus wesentlich die Entwicklung des Verfassungs- und Parteiensystems beeinflusst haben, ist es in Asien nicht zu einer vergleichbaren Entwicklung gekommen. Das Christentum hat die politische Entwicklung in NOSOA im 20. Jahrhundert nur am Rande beeinflusst. Hier spielte eine Rolle, dass in den konfuzianisch geprägten Ländern weder eine Staatsreligion noch eine rechtlich abgesicherte autonome Sphäre für Religionsgemeinschaften entstehen konnte. Erschwerend für die politische Akzeptanz des Christentums hat sich seine enge Verknüpfung mit den kolonialen Bestrebungen der europäischen Mächte erwiesen.

Mit der Etablierung kommunistischer und anderer autoritärer Herrschaftssysteme seit den 1930er Jahren ging eine systematische Christenverfolgung einher. Nach Zahl und Organisationsgrad war das Christentum in Festlandasien in den 1970er Jahren auf einem Tiefpunkt angekommen. Seither nimmt die Zahl der Gläubigen und ihr Organisationsgrad kontinuierlich zu. Beim Übergang der autoritären Regime in Südkorea und Taiwan zur Demokratie habe einzelne Kirchenvertreter eine wichtige moderierende Rolle gespielt.

In Osttimor hatte das Christentum eine äußerst politische Bedeutung im Widerstandskampf gegen Indonesien. Die

katholische Kirche wurde während dieses Freiheitskampfes zur einigenden Klammer der zwölf großen Stammesverbände gegen die vorwiegend muslimischen Indonesier. So lässt sich auch erklären, warum die Zahl der Anhänger des katholischen Glaubens dort in den vergangenen Jahrzehnten so stark gewachsen ist. 1975 waren erst ca. 30 Prozent der Menschen in Osttimor Christen, mittlerweile sind es über 98 Prozent. Auch verfügt die katholische Kirche über die am besten entwickelte Organisationsstruktur, während Parteien und andere zivilgesellschaftliche Organisationen noch immer sehr schwach ausgeprägt sind.

Auch auf den Philippinen hatte und hat die katholische Kirche wesentlichen Einfluss auf die politischen Prozesse. Sie hat beispielsweise bei dem Sturz des Diktators Ferdinand E. Marcos im Jahre 1986 eine wichtige Rolle gespielt. Damals rief der Bischof von Manila zu einem Protestmarsch auf. Sieben Millionen Philippinos beteiligten sich und zwangen Marcos zum Rücktritt. 2001 war es erneut ein Kardinal, der aufgrund der weit verbreiteten Korruption unter der Regierung von Präsident Joseph Estrada zu Protesten aufrief. Nach anhaltenden Demonstrationen entschied sich Estrada ebenfalls zum Rücktritt.

In anderen Ländern Ostasiens bleibt der politische Einfluss des Christentums allerdings auch in der Gegenwart eher gering. Dabei sind, wie bereits erwähnt, die Entfaltungsmöglichkeiten für Christen in der Region maßgeblich vom Grad der Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit in den jeweiligen Ländern bestimmt. Negativ auf diese Möglichkeiten wirkt sich jedoch in den muslimisch geprägten Staaten Südostasiens (Malaysia, Indonesien) auch das religiöse Selbstverständnis des Staates aus.

Entfaltungsmöglichkeiten für Christen sind in der Region maßgeblich vom Grad der Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit in den jeweiligen Ländern bestimmt.

Zurzeit leben lediglich etwa 29 Prozent der Menschen in NOSOA in demokratischen Herrschaftssystemen, und nur in wenigen Ländern konnten sich bislang (funktionierende) plurale Parteiensysteme herausbilden. Zudem weisen diese Parteiensysteme strukturelle Schwächen auf, die die Entwicklung und Implementierung einer christlich fundierten Parteiprogrammatik, oder wenigstens Bezüge zu christlichen Wert- und Gesellschaftsvorstellungen, fast unmöglich machen. Während das europäische Parteien-

system wesentlich von christlichen (Volks-)Parteien bestimmt wurde und wird, spielt deshalb ein politisch organisierter Katholizismus und Protestantismus in der politischen Landschaft NOSOA nur eine marginale Rolle. In den muslimisch geprägten Ländern Südostasiens (Malaysia und Indonesien) gibt es ebenfalls keine eigenständigen christlichen Parteien. Nur auf den katholisch geprägten Philippinen gibt es den Versuch, eine interreligiöse Partei zu etablieren.

Die Demokratiedefizite in den meisten asiatischen Staaten zeigen sich auch in einer schwach ausgeprägten Zivilgesellschaft. Von Einschränkungen sind christliche Gemeinden betroffen, aber auch Gewerkschaften.

Wie sieht es aber mit dem Einfluss des Christentums, der Kirchen jenseits von politischen Parteiorganisationen aus? Die Demokratiedefizite in den meisten asiatischen Staaten zeigen sich auch in einer schwach ausgeprägten Zivilgesellschaft – ein Feld, in dem in westlichen Ländern gerade Religionsgemeinschaften eine wichtige Rolle einnehmen. Auch wenn Assoziationsfreiheit in den meisten Verfassungen ausdrücklich garantiert wird, ist die Organisationsbildung in der Praxis häufig massiv einschränkt. Davon sind christliche Gemeinden und religiös motivierte soziale Initiativen betroffen, aber auch Gewerkschaften.

Auch im Medienbereich finden sich auf regionaler oder gar nationaler Ebene kaum einflussreiche Zeitungen oder andere Presseorgane, die ausdrücklich vor einem christlichen Hintergrund arbeiten. Lediglich auf den Philippinen spielt Religion in den Medien eine wesentliche Rolle. Dort hat die römisch-katholische Kirche das Catholic Media Network etabliert, über deren Sender gepredigt wird und christliche Themen diskutiert werden. Darüber hinaus gibt es weitere katholische Fernsehkanäle wie etwa EWTN und Familyland.

Der Einfluss kirchlicher und christlich orientierter Interessenvertretungen auf die öffentliche Meinungsbildung und politische Entscheidungsträger ist deutlich schwächer als in anderen Weltregionen. Dies liegt auch an Schwächen der internen kirchlichen Organisation. Staatliche Organe greifen bisweilen massiv in die innere Ordnung und den Autonomiegrad der Religionsgemeinschaften ein. So haben die kommunistischen Regime Chinas und Vietnams, wie bereits erwähnt, nationale Vertretungen der Kirchen geschaffen,

die unter staatlicher Aufsicht stehen und die innere Autonomie massiv beschneiden (z.B. die Auswahl von Priestern und Bischöfen). Damit sind insbesondere mit der katholischen Kirche permanente Konflikte programmiert, da dieser staatliche Anspruch mit ihrem universalen Selbstverständnis und der Unterordnung unter den Vatikan kollidiert. Obwohl die katholische Kirche aufgrund ihrer einheitlichen Struktur meist einen höheren Organisationsgrad auf nationaler Ebene aufweist, verfügen bisweilen kleinere protestantische Denominationen über erheblichen politischen und wirtschaftlichen Einfluss. Doch bleibt deren hohe Fragmentierung ein Hindernis für eine schlagkräftigere Interessendurchsetzung.

Obwohl die katholische Kirche meist einen höheren Organisationsgrad auf nationaler Ebene aufweist, verfügen kleinere protestantische Denominationen oft über erheblichen politischen und wirtschaftlichen Einfluss.

In den etablierten asiatischen Demokratien nehmen die Kirchen regelmäßig Stellung zu (sozial-)politischen Fragen. Zumeist äußern sich herausragende Einzelpersonlichkeiten unter den Bischöfen, aber auch einzelne Priester. Meist stehen Forderungen nach der Respektierung von Menschenrechten und der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit im Mittelpunkt.

INTERRELIGIÖSER DIALOG

Insbesondere in Südostasien leben Angehörige unterschiedlichster Religionen oftmals auf engem Raum zusammen. Dies hat in der Vergangenheit, vermischt mit ethnischen und sozialen Fragen, zu einer Reihe interreligiöser, aber auch innerchristlicher Konflikte geführt. Die christlichen Kirchen haben deshalb schon früh die Notwendigkeit eines interreligiösen Dialoges erkannt und versucht, entsprechende Plattformen für ein besseres gegenseitiges Verständnis und friedliches Zusammenleben von Anhängern verschiedener Glaubensrichtungen zu schaffen.

In den meisten Staaten Ostasiens gibt es deshalb ein gewisses Maß an Dialog zwischen den christlichen Kirchen und Denominationen sowie mit anderen Religionen, der jedoch unterschiedlich stark institutionalisiert ist. Dabei sind die Gründe für den interreligiösen Dialog sowie dessen Zielsetzung von Land zu Land höchst unterschiedlich und vielschichtig. In Malaysia ist die Zusammenarbeit

zwischen den Vertretungen der protestantischen und der katholischen Gemeinde im Rahmen der Christlichen Föderation Malaysia (CFM) sehr stark ausgeprägt, weil die christlichen Gemeinschaften aufgrund ihrer Benachteiligung in der Gesellschaft der Ansicht sind, sie müssten zusammenhalten. Auch der intensive Dialog mit anderen nicht muslimischen Religionen kann auf das Bestreben zurückgeführt werden, einer Unterdrückung durch die muslimische Mehrheit entgegenzuwirken. Zudem wurde in Malaysia ein Komitee für religiöses Verständnis und Harmonie gegründet. Hintergrund der vom amtierenden Premierminister ins Leben gerufenen Initiative ist das Ziel, Konflikte zwischen der islamischen Mehrheit und Minderheitsreligionen zu lösen. Da sich die Vertreter der muslimischen Seite aber als Teil der Regierungsbürokratie sehen und häufig eher fundamentalistische Positionen vertreten, sind bislang kaum Erfolge zu verzeichnen.

In Indonesien besteht aufgrund von Konflikten zwischen Muslimen und den religiösen Minderheiten ebenfalls die Notwendigkeit eines Dialogs. Dieser wird in Indonesien seit langem staatlich gefördert und ist gut institutionalisiert. Während des Suharto-Regimes (1967 bis 1998) gab es ein

Es gibt in Indonesien einige moderate muslimische Organisationen, die gemeinsam mit engagierten Kirchenvertretern den interreligiösen Dialog fördern.

staatliches Programm zur Verbreitung von Toleranz zwischen den Religionen. Auch unter der neuen Demokratie wurde das Programm zwar fortgesetzt, deren Erfolge bleiben aber begrenzt. Es gibt in Indonesien zudem einige moderate muslimische Organisationen, die gemeinsam mit engagierten Kirchenvertretern den interreligiösen Dialog fördern. In diesem Rahmen finden beispielsweise Trainingsseminare statt, an denen die Pastoren der 86 Kirchensynoden sowie muslimische Gelehrte gemeinsam teilnehmen. Den Pastoren wird dann aus einem spezifisch muslimischen Blickwinkel erklärt, worin die Ursachen des islamischen Fundamentalismus bestehen und welche Möglichkeiten es gibt, ihn einzudämmen.

Ebenso auf den Philippinen: Die Feindseligkeiten zwischen den Muslimen, die traditionell in der südlichen Region Mindanao leben, und den in den letzten 60 Jahren zugewanderten Christen macht Initiativen für ein besseres Verständnis zwischen den Religionen notwendig. Die Inter-faith Group, eine Nichtregierungsorganisation bestehend

aus katholischen, protestantischen und muslimischen Vertretern, fördert seit Jahren den Friedensprozess auf Mindanao. Es existiert zudem eine aktive gemeinsame Konferenz der katholischen Bischöfe und der islamischen Ulamas in Mindanao, die sich regelmäßig trifft, um Fragen in Bezug auf Friedensprobleme, interkulturelle Solidarität und friedliches Zusammenleben zu diskutieren. Dieser Prozess wird auch staatlich unterstützt. 2007 beschloss die Regierung, einen Mechanismus zur Förderung von „Interfaith Initiatives“ durch die Errichtung eines National Committee on Interfaith Cooperation (NCIC) zu schaffen.

2007 beschloss die Regierung der Philippinen, einen Mechanismus zur Förderung von „Interfaith Initiatives“ durch die Errichtung eines National Committee on Interfaith Cooperation zu schaffen.

In Singapur, wo Angehörige verschiedener Religionen auf engstem Raum zusammenleben, wird der Dialog zwischen den Glaubensrichtungen intensiv gefördert, um ein harmonisches Zusammenleben in der Gesellschaft zu garantieren. Es gibt ein Regierungsprogramm, das sich Community Engagement Programme nennt und das Ziel verfolgt, die diversen Religionsgruppen zusammenzubringen und gegenseitiges Verständnis zu stärken. Ein Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit im Falle eines Terroranschlags, wofür Seminare und Workshops vorbereitet werden. Darüber hinaus existiert die Interreligious Organisation Singapore, die alle in Singapur vertretenen Religionen vereint. Auch diese Organisation arbeitet für mehr Verständnis und Kooperation zwischen den Religionsgruppen und veranstaltet zum Beispiel gemeinsame gemischtreligiöse Zeremonien, Feste, Gebetsstunden und Seminare.

In den demokratischen Ländern Japan und Korea wird der Freiraum zu interreligiösem Dialog nicht besonders intensiv genutzt und auch staatlich kaum gefördert. In Japan treffen sich einige christliche und buddhistische Gemeinden zu Kennenlernveranstaltungen oder gemeinsamen Gebeten. Diese Form von Dialog ist allerdings kaum institutionalisiert. Japanische Organisationen unterstützten jedoch im Rahmen der Organisation Religions for Peace den interreligiösen Dialog in anderen Staaten. Religions for Peace ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die seit 1961 durch die Förderung interreligiösen Dialogs weltweit aktive Friedensarbeit leistet. Das japanische Komitee innerhalb der Organisation beteiligte sich z.B. finanziell am

Aufbau des 2002 in Kambodscha gegründeten Cambodian Interreligious Council (CIC). In Korea engagieren sich vor allem Katholiken sowie progressive protestantische Gemeinden für den Austausch mit Buddhisten. Es gibt jedoch auch eine Vielzahl konservativer Christen, die enge Kontakte mit buddhistischen Glaubensgemeinschaften schlichtweg ablehnt.

In einigen Staaten in NOSOA gibt es bislang keinen institutionalisierten Dialog zwischen den Religionen. Dazu zählen die kommunistisch regierten Staaten Vietnam, die Volksrepublik China, Laos und Myanmar. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass die christlichen Gemeinden

In China gibt es erste Überlegungen, einen Dialog zwischen Christen und Muslimen aufzubauen. Allerdings bestehen in China aktuell auch keine religiös motivierten Konfliktfelder.

etwa in Laos und Myanmar sehr klein sind, andererseits damit, dass ein solcher Dialog von den autokratischen Regierungen dieser Länder gar nicht gewünscht wird. In China gibt es aktuell immerhin erste Überlegungen, einen Dialog zwischen Christen und Muslimen aufzubauen. Allerdings bestehen in China gegenwärtig auch keine religiös motivierten Konfliktfelder, aus denen unmittelbarer Handlungsbedarf erwachsen würde.

Auf überstaatlicher Ebene gibt es ebenfalls Bestrebungen, den interreligiösen Dialog in NOSOA zu verstärken. Neben der Organisation Religions for Peace engagieren sich vor allem auch die Vereinten Nationen für die Schaffung von Harmonie zwischen Anhängern verschiedener Glaubensrichtungen. Ein Beispiel hierfür ist die im Februar 2011 von der internationalen Staatengemeinschaft finanzierte interreligiöse Harmoniewoche in Malaysia. Der Impuls könnte die Regierung dazu bewegen, ihre Bemühungen auf diesem Gebiet ebenfalls zu verstärken.

In der Region NOSOA kann gegenwärtig nicht von einer systematischen Christenverfolgung durch Staaten gesprochen werden – wenn darunter verstanden wird, dass Christen wegen ihres Glaubens Opfer staatlicher Unterdrückung werden. Jedoch gehören Repressionen gegenüber Christen zur sozialen Praxis in vielen Gesellschaften der Region. Mit einfachen Urteilen über die eigentlichen Konfliktursachen sollte man zurückhaltend sein.